



Niederschrift

22. Plenarsitzung des Gemeinderates
24. März 2026, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 15 der Tagesordnung: Baubeschluss: Umfahrung Hagsfeld
Vorlage: 2025/1241

Punkt 15.1 der Tagesordnung: Baubeschluss: Umfahrung Hagsfeld
Änderungsantrag: FÜR
Vorlage: 2025/1241/1

Punkt 15.2 der Tagesordnung: Umfahrung Hagsfeld
Interfraktionelle Anfrage: GRÜNE, Die Linke, KAL
Vorlage: 2026/0100

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

Geschäftsordnungsantrag: Mehrheitliche Ablehnung (18 Ja, 25 Nein)
Änderungsantrag FÜR: Mehrheitliche Ablehnung (7 Ja, 23 Nein, 1 Enthaltung)
Beschlussvorlage: Mehrheitliche Zustimmung (24 Ja, 20 Nein)

Der Vorsitzende ruft die Tagesordnungspunkte 15, 15.1 und 15.2 zur Behandlung auf und verweist auf die Vorberatung im Bauausschuss.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Wir Grünen erkennen an, dass die Bürgerinnen und Bürger in Hagsfeld eine Verbesserung der Verkehrssituation wollen, insbesondere zu den Stoßzeiten des Verkehrs. Wir haben in den Haushaltsberatungen Mittel für eine Pförtnerung um Hagsfeld gefordert. Mit solchen Ampelschaltungen hätte sich der Verkehr aus Hagsfeld gerade in den Stoßzeiten heraushalten lassen. Hierfür gab es in diesem Haus keine Mehrheit. Die Umfahrung als eine Lösung für dieses Problem lehnen wir ab. Eine weitere Straße, die einen wichtigen Naturraum in unserer Stadt zerschneidet, ist für uns keine Lösung. Wenn wir jetzt auf die konkrete Planung schauen, die würde die Wegung für Fußgängerinnen und Fußgänger und Radfahrerinnen und Radfahrer auch noch mal massiv verschlechtern, also auch noch mal wirklich eine Verkehrsplanung von vorgestern. Die alte Bach müsste verlegt werden, also auch der Eingriff wirklich in naturräumlich wichtige Strukturen wäre erheblich.

All das sind Gründe, wieso wir es ablehnen. Jetzt schauen wir doch gerade mal ein paar Minuten zurück. Vorhin in dieser Sitzung haben wir über die Haushaltssituation gesprochen. Dramatisch. Und jetzt wollen wir uns umdrehen, als sei nichts geschehen, und einen Baubeschluss für eine Straße für über 130 Millionen Euro fällen? Und dies bei völlig unklarer Fördersituation? Wir müssen dabei davon ausgehen, dass wir den Löwenanteil selbst tragen müssen. Herr Hofmann, ich zitiere Sie, „wir müssen ganz klar priorisieren, wo was nicht mehr gemacht werden kann“. Genau das hat uns auch die Regierungspräsidentin bei der Genehmigung des Haushalts mitgegeben, dass wir eben unser Investitionsprogramm als Ganzes anschauen müssen. Aber dieser Baubeschluss wäre ein ungedeckter Scheck in einem Windhundrennen um die quasi letzten Investitionsmittel.

Mir fiel auch das englische Wort Rat Race ein. Das ist nicht in Ordnung. Im Mai wollen wir uns hier in diesem Gemeinderat mit einer neuen Kinder- und Jugendbibliothek befassen. Mich beschleicht das Gefühl, das Geld wäre dann nicht mehr da, weil Sie es für Beton und für eine Straße ausgeben wollen. Da frage ich Sie: Ist es das, was Sie wollen? Ist es das, was Sie für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt wollen, für die Zukunft wollen? Das müssen Sie mir dann bitte erklären. Wir lehnen diesen Baubeschluss rundheraus ab.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Kaum ein Projekt in der jüngeren Karlsruher Stadtgeschichte wird derart von Grünen und Linken in diesem Hause torpediert wie die Südumfahrung. Pöller und irgendwelche kleineren Maßnahmen zu machen, um die Straßen zu beruhigen, bei denen es sich um Kreisstraßen handelt, Herr Kollege Cremer, sollte auch Ihnen klar sein, dass es rechtlich gar nicht zulässig ist, denn die fallen in die Baulast des Landkreises. Unabhängig davon ist dieses Kernthema unserer Fraktion und anderen in diesem Hause in jedem Wahlkampf ein Kernthema. Auch der Oberbürgermeister steht hier im Wort. So wie wir, weil wir den Nordosten unserer Stadt mit einer sinnvollen Infrastrukturmaßnahme entlasten, in Wohn- und Arbeitsqualität investieren wollen.

Es geht darum, die massiv durch Durchgangsverkehr belasteten Menschen in Hagsfeld, aber auch in der Waldstadt und Rintheim vom schleichenden Verkehr zu entlasten und dem Technologiepark, einem Zukunftsgewerbegebiet, eine vernünftige Infrastruktur zu gewährleisten, damit er für Unternehmen, die uns Gewerbesteuer bringen, attraktiv bleibt. Wie abhängig wir von Gewerbesteuereinnahmen sind, erleben wir diese Tage nur spürbar. Der Fehler, der uns ohne Not vor zwei Jahren die Finanzierung durch den Bund gekostet hat, indem die grün-linke Mehrheit bestehendes Baurecht aufgegeben hat, hat Folgen. Ja, so, wie fehlerhafte Entscheidungen in der Regel Folgen haben, nämlich teure. Er kommt uns teuer zu stehen, so wie jede weitere Verzögerung es auch tun würde.

Heute, werte Kollegen, geht es um einen Grundsatzbeschluss für weitere Planungs- und Vorbereitungsmaßnahmen und keineswegs um die Auskehr von 130 Millionen Euro jetzt in diesem Haushalt. Der Beschluss gefährdet daher nicht Ausgaben für aktuell wichtige Projekte im laufenden Haushalt. Die Finanzierung wird uns vielmehr in künftigen Haushalten bei Priorisierungsfragen beschäftigen. Im Jahr 2020 hat dieses Haus sich für den Bau einer Südumfahrung mit einem Trog entschieden. Nun kommen erneut die abgelehnten Brückenlösungen ins Spiel, die vermeintlich günstiger ausfallen sollen. Eine Brücke aber würde die erneute Planung auf null setzen, da die zugrunde liegenden Zahlen aus 2019 mittlerweile völlig überholt sind. Nicht einkalkuliert sind massive Baupreissteigerungen. Der Index ist um 30 Prozent gestiegen. Die Kosten einer Brücke, die 2019 noch bei 70 Millionen

lagen, belaufen sich heute um etwa 95 bis 100 Millionen Euro. Gegen die Brücke, die immerhin von drei Bürgervereinen einhellig abgelehnt wird, sprechen aber vor allem Gesundheitsbelastungen für die Anwohner durch starke Lärmemissionen. Im Gegensatz zur Troglösung, in welcher lärmschluckende Gabionen verbaut werden sollen, können auf der Brücke nur reflektierende Schallschutzwände angebracht werden. Passiver Lärmschutz für die Wohnhäuser und Wohnbebauung ist ebenfalls notwendig. Daher ist meiner Meinung nach allein der Trogbau zielführend hier als Lösung, und wir wollen als CDU diese Südumfahrung weiter voranbringen und keine Verzögerung auf den St. Nimmerleinstag.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Die Menschen in Hagsfeld, der Waldstadt und Rintheim erwarten von uns eine Lösung. Eine Lösung der Verkehrsprobleme, die durch einen überbordenden Durchgangsverkehr auf den Menschen lastet, der zu Lärm führt, der bekanntermaßen auch krank macht. Der jetzige Baubeschluss für eine Troglösung ist ein Beschluss, den wir als SPD-Fraktion in der vorliegenden Form mittragen werden, so wie wir es auch in der Vergangenheit immer wieder gesagt haben. Es ist sicherlich richtig, dass wir in einer prekären Haushaltssituation sind. Das heißt für uns: Wir müssen auf Sicht fahren. Wir werden Monat für Monat, Jahr für Jahr unsere Entscheidungen auf den Prüfstand stellen, und wir werden auch diese Entscheidung, wenn es notwendig ist, auf den Prüfstand stellen.

Jetzt geht es darum, einen Grundsatzbeschluss zu treffen. Wir reden nicht über die Ausgabe von 134 Millionen Euro, sondern wir reden im Augenblick über vorbereitende Maßnahmen, die im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen der Bahn im Hinblick auf die Güterstrecke anstehen. Und letztendlich geht es um 2,5 Millionen Euro, wovon 500.000 für Ausgleichsmaßnahmen herangezogen werden, und im Zweifelsfall kann man diese Ausgleichsmaßnahmen auch für andere Dinge heranziehen. Zum Schwur wird es dann, wenn wir diesen Weg weiterverfolgen im Zusammenhang mit dem Doppelhaushalt, mit den nächsten Doppelhaushalten kommen. Und dann müssen wir uns die Karten legen. Letztendlich ist es mit einer singulären Lösung, und das ist auch Standpunkt der Naturschutzverbände, nicht getan, also wie die von den Grünen angesprochene Pförtnerlösung, sondern es braucht, wenn man einen alternativen Weg gehen will, komplexe Maßnahmen. Wir lassen uns gerne überzeugen, wenn es gute Maßnahmen gibt oder gute Alternativen gibt, aber bislang sehen wir die nicht.

Stand heute werden wir die Vorlage, so, wie sie jetzt im Raum steht, mittragen mit den 2,5 Millionen Euro als vorbereitende Maßnahmen im Hinblick auf die Maßnahme der Bahn 2031. Alles Weitere werden wir dann in zukünftigen Haushaltsdebatten debattieren.

Stadtrat Seidler (AfD): Die AfD-Fraktion befürwortet den Baubeschluss zur Umsetzung der bereits 2020 beschlossenen Umfahrung Hagsfeld-Süd, um das vom Durchgangsverkehr geplagte Hagsfeld endlich zu entlasten. Gleichwohl müssen wir anerkennen, dass die 2020 beschlossene Druckvariante aus heutiger Sicht unter den Aspekten von kostentechnischen und terminlichen Risiken gegenüber der von der Stadtverwaltung favorisierten Brückenvariante erhebliche Nachteile hat. In der derzeitigen Haushaltssituation kann es eigentlich keine Frage sein, dass die um ca. 40 bis 50 Millionen Euro günstigere Brückenvariante zu bevorzugen ist.

Von der technischen Seite möchte ich auf die Dimension des Trogs hinweisen. Der Trog ist 301,2 Meter lang, 15,40 Meter breit und bindet bis zu 9 Meter in den Untergrund ein. Da das Bauwerk ins Grundwasser hineinreicht, wird dieser Trog durch eine Dichtwand

umschlossen, die bis 20 Meter Tiefe in eine Tonschicht eingebracht wird. Dadurch muss einseitig nur das Grundwasser bis zur Aushubtiefe einmalig abgepumpt werden, und es fließt kein Grundwasser nach. Diese Dichtwand weist einen Umfang von ca. 650 Meter und eine Fläche von ca. 12.900 Quadratmeter auf. Sie nimmt ein Volumen um ca. 100.000 Kubikmeter grundwasserführenden Schichten dauerhaft aus dem Grundwasserhaushalt, sofern nicht nachgängig Grundwasserdurchlässe hergestellt werden. Die Bauzeit für die Herstellung von Baugrubenumschließung und Trog ist somit sicher deutlich länger, als für ein Brückenbauwerk benötigt wird. Und sie muss zwingend in das Zeitfenster der Bautätigkeit der Deutschen Bahn passen. Wir machen uns also abhängig von der Terminplanung der Deutschen Bahn, und es ist ungewiss, ob die Deutsche Bahn nicht noch ihren Terminplan zu Ungunsten unserer Planungen ändert. Dagegen ist der Bau einer Brücke im Hinblick auf den Eingriff in den Boden geradezu minimalinvasiv, wie man in der Medizin sagt. Die Brückenpfeiler dürften auf vergleichsweise wenigen Bohrpfeilen vermutlich um die 8 Meter tief zu gründen sein. Das gesamte Bauvorhaben kann weitgehend unabhängig vom Bauvorhaben der Bahn umgesetzt werden. Lediglich der die Bahn leise überspannende Teil der Brücke muss in einem von der Bahn vorgegebenen Zeitfenster auf den dann bereits vorhandenen Brückenpfeilern errichtet werden.

Aus den genannten Gründen unterstützen wir den Änderungsantrag von Stadtrat Kalmbach. Jeder, der die Trogvariante bevorzugt, muss sich über die Risiken klar sein. Die Umfahrung kann trotz Baubeschluss für die Trogvariante scheitern, weil schlussendlich das Geld nicht da ist oder die Termine nicht eingehalten werden können.

Stadtrat Gaukel (Volt): 132.500.000 Euro Invest. Und viel schlimmer: die Folgekosten von 3,8 Millionen. 3,8 Millionen Euro mindestens, Jahr für Jahr. Wie sollen wir uns das leisten? Und wo sind jetzt die lauten Sparsamen, die gerade bei 5.800 Euro protestiert haben? Wohlbemerkt ein Betrag, der mit 7.000 Euro im Haushalt bereits drin stand. Und jetzt sollen Investmittel für Planungen von gestern freigegeben werden. Investmittel, die gerade mit Blick auf die notwendigen Umweltmaßnahmen, zum Beispiel die Umleitung eines Bachs, und der generellen Schwierigkeit von Tunnel- bzw. Troglösungen vermutlich auch noch um einiges steigen werden. Ich habe große Sympathie und Verständnis für das Anliegen der Anwohnenden, weniger vom Autoverkehr belastet zu werden. Nicht zuletzt kämpfen wir regelmäßig dagegen an. Dies muss aber durch Reduktion und Umdenken in der Mobilität gelingen. Mehr Straßen führen zu mehr Verkehr. Aber selbst wenn man inhaltlich eine andere Abwägung trifft: Blicken wir auf die Kosten und unseren Haushalt, muss man doch klar einsehen: Ob wir uns das leisten können, ist mehr als fraglich. Und selbst wenn es abbildbar wäre, was geben wir dafür dann auf? Im Invest, in dem vor allem noch Schulprojekte draufstehen? Und was reduzieren wir im schmerzhaften Ergebnishaushalt jedes Jahr um mindestens 3,8 Millionen Euro? Das sind die Fragen, die in der aktuellen Situation geklärt werden müssen. Das halten wir in den nächsten Jahren für unrealistisch.

Die Betonung auf Grundsatzbeschluss, und wir müssen dies erst später entscheiden, das halten wir für nicht stichhaltig. Denn jetzt verschwendet es schon 2,5 Millionen Euro und gibt Hoffnung auf baldige Umsetzungen, die dann wieder zu Unmut führen. Daher können wir diesen Beschluss nicht guten Gewissens mitgehen. Denn er verzögert letztlich nur die Realität, dass es nicht leistbar sein wird, und verhindert eine weitere Beschäftigung, wie wir anders Abhilfe in diesem Bereich schaffen. Und ja, da erkennen wir an, dass da auch schon vieles in den letzten Jahren versucht wurde. Aber es hat nicht geklappt. Und diesen Versuch dieser Lösung, diesen werden wir auch nicht schaffen. Also finden wir es wichtig,

dass wir weiter dran sind, dort etwas zu tun. Und im Zweifel dann eben noch mal Druck auf das Land, wenn wir keine rechtlichen Möglichkeiten haben, mehr im Verkehr einzugreifen. Denn am Ende müssen wir eine Lösung gegen den Autoverkehr finden. Diese Troglösung ist aber unrealistisch.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Ich fasse mich jetzt kurz, weil schon sehr viel gesagt wurde von der grün-linken Mehrheit. Wir haben bereits in den Haushaltsverhandlungen für einen Stopp aller Planungsleistungen und eine Revision des Bauvorhabens plädiert. Und wir werden auch dem Baubeschluss heute nicht zustimmen. Das ist keine Überraschung. Die mittlerweile drastisch gestiegenen Kosten stehen in keinem Verhältnis zur aktuellen und mittel- und langfristigen Haushaltslage. Auch rechtfertigt der prognostizierte Umfang der Entlastung kein Projekt dieser Größenordnung. Die im Investitionshaushalt eingeplanten Beträge können wir, das wurde auch schon erwähnt, langfristig an anderer Stelle gut gebrauchen für Sanierungen und Baumaßnahmen unserer städtischen Schulen oder die eben erwähnte Erweiterung der Stadtbibliothek. Mindestens gleich schwer wiegt der ökologische Aspekt. Wir halten das schlicht für nicht vertretbar.

Die Hagsfelderinnen und Hagsfelder brauchen Entlastung, dem stimmen wir uneingeschränkt zu. Der Bau einer Umfahrung ist allerdings Symptombekämpfung. Wir sollten stattdessen an der Ursache arbeiten, mit Lenkungsmaßnahmen und einem soliden Mobilitätskonzept.

Stadtrat Cramer (KAL): Kollege Hofmann, Kollege Huber, wir haben angefangen mit 60 Millionen. Das war die erste Hausnummer, die der Oberbürgermeister uns vor Jahr und Tag genannt hat. Heute sind wir, die Zahl wurde schon mehrmals genannt, bei über 130 Millionen. Das müsste doch schon mal so grundsätzlich zum Nachdenken anregen. Den Hagsfeldern wird im Grunde genommen, auch mit dem Beschluss, der heute, so, wie es aussieht, eine Mehrheit bekommt, wirklich einfach Sand in die Augen gestreut. Im Grunde genommen, jetzt sage ich es mal ein bisschen hart, die Hagsfelder werden im Grunde genommen verarscht. Man sagt zu ihnen: „Wir machen was für Sie. Sie werden wenig Verkehr haben“, aber es wird am Ende so nicht sein, denn alle Zahlen, auch aktuell wieder von Fachinstituten, von Fachleuten, haben ganz klar erkannt: Täglich fahren 10.000 Autos durch Hagsfeld, aber durch diese Maßnahme, Südumgehung, werden nur rund 3.000 weniger Fahrzeuge Hagsfeld belasten. Was nicht belastet, was entlastet wird, das ist der Ostring, der eine deutliche Entlastung kriegt, aber das ist, und auch das muss man sich klarmachen, eine vierspurige innerstädtische Straße, die keine Entlastung braucht.

Belastet werden wird die Waldstadt, Herr Dr. Fechler. Mit der Breslauer Straße wird es mehr Verkehr geben, die Theodor-Heuss-Allee wird mehr Verkehr bekommen. Also das sind Nachteile für die Waldstadt, statt irgendeiner Entlastung. Also von daher: Die ganzen Argumentationen, die gemacht werden, und die ganzen Hoffnungen, die man den Hagsfeldern macht, werden am Ende, wenn wirklich dieses Projekt umgesetzt wird, einfach nicht eintreten. Deswegen verstehe ich besonders, muss ich ganz ehrlich sagen, die SPD hier überhaupt nicht, dass sie diesen Weg immer noch so hartleibig mitgeht. Denn in anderen Bereichen der Stadtpolitik fällen sie ganz andere Entscheidungen in Richtung Klima, als Beispiel, in Richtung Ökologie. Und alles, was dort passiert, ist gegen mehr Ökologie, und es ist gegen das Klima, was wir, Klimaschutz, den wir brauchen. Also von daher sollte spätestens, wenn es wieder aufgerufen wird, die SPD sich ein Umdenken zu eigen machen.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Ich möchte mich da eigentlich noch mal ziemlich direkt dem Kollegen Cramer anschließen. Es geht darum, dass wir alle uns wünschen, dass wir Lösungen für die Verkehrsverhältnisse in Hagsfeld auch finden. Aber Lösungen für die Verkehrsprobleme, die mit einem zusätzlichen Autobahnanschluss dort erst geschaffen wurden. Also wirklich ein plastisches Beispiel dafür: Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten. Dies wird der Waldstädter Bevölkerung blühen, Herr Kollege Cramer hat es ausgeführt, und dies wird auch langfristig der Hagsfelder Bevölkerung blühen, wenn sich die Verkehrszustände entsprechend eingependelt haben. Und was haben wir eigentlich jetzt hier für eine Entscheidung vor uns? Wir sagen der Verwaltung eigentlich wieder: Plant weiter für dieses riesige Projekt.

Herr Kollege Hofmann, Sie haben vorhin gesagt, ab morgen muss es losgehen, wenn es um die Priorisierung geht. Warum denn nicht ab jetzt und ab heute? Gute Vorsätze sollte man sofort anpacken und nicht auf morgen verschieben. Aber wir wollen Ihnen an der Stelle auch noch eine Brücke bauen. Lassen Sie uns gemeinsam priorisieren. Lassen Sie uns ernsthaft zusammensetzen und ernsthaft diskutieren, welche notwendigen Projekte wir uns noch leisten können. Und das meine ich eben nicht nur bezogen auf die Investitionsfähigkeit der Stadt, sondern auch bezogen auf die Leistungsfähigkeit in der Verwaltung. Denn auch wenn mit diesem Baubeschluss heute noch kein Beton in die Welt gegossen wird, hat die Verwaltung eben wieder Arbeit damit, wenn er jetzt getroffen wird. Daher lassen Sie uns zusammensetzen und gemeinsam entscheiden, was wir uns noch leisten können. Und lassen wir uns gemeinsam den Menschen keine Luftschlöser verkaufen. Das wäre doch eine ehrliche Ansage an die Menschen dort, weil dann können wir die notwendigen und freien Kapazitäten in der Verwaltung eben auf kleine, günstige Maßnahmen konzentrieren.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Ich bin so froh, dass der Stadtrat Löffler eine Brücke bauen möchte. Vielen Dank. Ich gehe davon aus, dass die anderen Grünen auch mitgehen werden. Ich habe 2020 bewusst für den Trog gestimmt, aus der Überzeugung, dass es die beste Lösung ist. Damals 60 Millionen waren im Spiel, und jetzt sind es 132. Und für mich geht diese Zahl, liebe CDU, überhaupt nicht, dass wir das investieren jetzt zu dieser Zeit, wo wir vorhin über Haushaltssperre gesprochen haben. Deswegen war für mich trotzdem eine Verantwortlichkeit den Hagsfeldern gegenüber, und das, was wir versprochen haben, war zumindest die Alternative der Brücke, die deutlich günstiger ist. Die hat ökologische Vorteile, die hat finanzielle Vorteile. Ich möchte es nicht im Detail vorrechnen, aber die jährlichen Kosten von 3,8 Millionen, das bedeutet, unser Ergebnishaushalt wird belastet mit einem Großteil für diese 3,8 Millionen. Und wo müssen wir die sparen? Die müssen dann wieder bei der freiwilligen Leistung gespart werden und bei anderen Dingen, die uns lieb geworden sind. Deswegen kann ich diese Strategie gar nicht verstehen, zumal ich euch eigentlich immer ein bisschen Finanzkompetenz zugesprochen habe. Aber das, an der Stelle, tut mir leid, da kann ich die nicht erkennen.

Ökologisch gesehen ist natürlich dieser tiefe Eingriff in die Grundwasserströme total problematisch. Aus diesem Grund ist ökologisch schon die Brücke überlegen, dem Trog deutlich überlegen. Der Lärmschutz, heißt es immer, wäre so problematisch, aber wer die alten Unterlagen liest von der Stadt damals, von der Stadtverwaltung, ist ziemlich vergleichbar. Wenn Lärmschutz auf die Brücke kommt, dann ist das vergleichbar mit dem Trog. Also da gibt es keine Unterschiede, sind gleich zu behandeln. Die Wegebeziehungen sind deutlich besser. Also der Mensch wie Tier können das queren, die Brücke, während bei einem Trog

ist es so nicht mehr möglich. Die Optik, da gebe ich zu, Optik kann ein Hinderungsgrund sein, aber es gibt, eine Brücke kann man auch begrünen. Da gibt es viele Möglichkeiten, das optisch gut zu gestalten. Besonders die Bauterminierung. Bei der Brücke sind wir flexibel, wir haben es vorhin schon gehört. Wir sind flexibel, wir sind nicht von der Bundesbahn abhängig. Wir können das dann bauen, wie es uns auch passt. Von der Seite her spricht eigentlich in der Mehrzahl von allen Argumenten, spricht es eindeutig für eine Brückenlösung, wenn wir den Hagsfeldern was Gutes tun wollen, aber nicht für den Trog.

Stadtrat Hofmann (CDU): Es muss nicht immer alles Strategie sein. Es zählt vielleicht auch mal gerade in so einer Zeit wie jetzt Ehrlichkeit und Verlässlichkeit. Und dies haben wir seit Jahren gesagt. Seit Jahren haben wir den Bürgerinnen und Bürgern, allen voran der Herr Oberbürgermeister im Wahlkampf, eine Entlastung versprochen. Und jetzt auf einmal geht das alles nicht mehr. Da wird wieder die Poller gebracht, da wird die Straße gebracht, es geht nicht, das ist eine Kreisstraße. Und die Lösung, die Sie bringen, ist: Leute, schaffst euer Auto ab, wir müssen jetzt anders reagieren. Das ist die einzige Lösung, die da ist. Glauben Sie denn nicht allen Ernstes, wir würden bei dieser Haushaltssituation auch andere Lösungen gerne machen, wenn es eine andere gäbe? Aber es gibt keine. Und dies wieder weiter nach St. Nimmerlein verschieben, das macht doch nur eins, das macht es noch teurer, noch schwieriger umzusetzen. Das ist doch keine Verlässlichkeit für die Menschen in Hagsfeld.

Natürlich, das ist richtig, vielleicht ist es dann für die Tiere einfacher und besser, aber drei Bürgervereine, die Menschen, die dort leben, lehnen diese Brückenlösung ab. Aber wir sollen sie jetzt beschließen? Wir sollen sie jetzt beschließen, weil wir der Meinung sind, dass das besser ist. Obwohl das auch nicht gesagt ist. Wir haben schon so viele Projekte gesehen, die verschoben werden, die dann viel teurer werden. Das sind jetzt alles Vermutungen. Die Glaskugel packen wir wieder aus und sagen: Das ist dann so. Das ist doch auch keine Strategie.

Ich bin bei Ihnen, lieber Kollege Löffler. Natürlich müssen wir priorisieren. Und wir müssen heute anfangen zu priorisieren. Aber dieses Projekt betrifft nicht diesen Doppelhaushalt und wahrscheinlich nicht mal den nächsten. Sondern wir planen das jetzt und müssen hoffen, dass genau das, was Sie uns bei allen anderen Projekten auch sagen, dass Bund und Land auch mal ihren Verpflichtungen nachkommen, dass wir in der Lage sind, auch irgendwann wieder unsere eigenen Finanzen hier zu schultern. Und deswegen glaube ich, dass wir vor allem eins auch machen müssen: Wir müssen ehrlich sein den Menschen gegenüber. Das, was wir ihnen seit Jahren versprochen haben, können wir jetzt nicht auf den letzten Metern wieder umwerfen. Und dass Sie als Grüne, die schon immer dagegen waren, Sie sind auch stringent, Sie sagen: Wir sind dagegen, wir waren schon immer dagegen. Und wir waren schon immer dafür, also müssen wir es auch so machen. Jetzt müssen wir gucken, wie wir es nachher letztendlich priorisieren und wann es umgesetzt werden kann. Aber alles andere wäre doch unehrlich.

Und es ist doch nicht ehrlich, den Menschen dann zu sagen, schaffst euer Auto ab, das geht halt nicht, es ist kein Geld da. Was sollen die denn machen? Da gibt es viele Menschen, die auf ihr Auto auch angewiesen sind. Und ich denke, auch das gehört heute dazu, dass man auch in Zeiten, wenn es wirklich extrem knappe Mittel da sind, dass man zumindest verlässlich da ist und dass man entsprechend auch versucht, dort im Wort zu stehen, und dies werden wir tun.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Es gab Äußerungen jetzt hier im Haus, dass die SPD in ihrer Haltung nicht stimmig, nicht kongruent wäre. Dem möchte ich massiv widersprechen. Für uns als SPD steht nicht die Ideologie im Vordergrund, sondern der Mensch. Und entsprechend machen wir auch Politik und treffen unsere Entscheidungen. Wie der Kollege Hofmann es ausgeführt hat, es geht um Verlässlichkeit. Gerade genau in der jetzigen Zeit geht es um Verlässlichkeit, Berechenbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger, in dem Fall in Hagsfeld, in Rintheim und in angrenzenden Stadtteilen. Und wenn wir in unseren Positionen nicht klar sind, und der Herr Hofmann hat es auch ausgeführt, die Positionen hier im Haus sind doch klar. Es gibt seit Jahren diese Debatte, es ist klar, wer dafür ist, wer dagegen ist. Jetzt wird wieder gesehen, dass sich ein kleines Fenster auftut, um eventuell Sand ins Getriebe zu bringen. Wir stehen im Augenblick zu dieser Planung, wir sind verlässlich für die Bürgerinnen und Bürger. Es wird nicht immer positiv konnotiert von den Bürgerinnen und Bürgern bei den Wahlen, aber es geht trotzdem darum, dass man Haltung zeigt. Und ich kann Ihnen eins sagen: Diese Fraktion der SPD zeigt Haltung und wird Haltung bewahren. Das heißt für uns jetzt, diese 2,5 Millionen aktuell für die Bauplanung aufzubringen. Und wir werden alles andere dann sehen.

Von der Seite der Gegner, ob das jetzt Troglösung ist oder Brücke, weil am Ende des Tages, wer dagegen ist, wird beides abnehmen, habe ich bislang keine vernünftige Antwort gehört, wie die Stadtteile entlastet werden können. Seit Jahren, seit Jahrzehnten wird nach Lösungen gesucht, und diese Lösungen werden nicht aufgezeigt. Von daher sehen wir im Augenblick im Sinne der Verlässlichkeit keine Alternative dazu, als diesen Beschluss so zu fassen, wie wir ihn heute auch treffen werden.

Stadtrat Schnell (AfD): Ich möchte hier ein wenig auf die Historie eingehen. Ohne die linksgrüne Mehrheit, die uns hier schon seit geraumer Zeit in Karlsruhe plagt, hätten wir längst die Umfahrung, vierstreifig und leistungsfähig, und das vom Bund bezahlt. Das Gleiche gilt für die Umfahrung Knielingen, ebenfalls vom Bund finanziert, die sie Ewigkeiten lang verhindert haben. Ebenso hätten wir statt der Kombilösung ohne Ihre massive Lobbyarbeit gegen den U-Strab-Tunnel, so wie ihn einst Dieter Ludwig plante, den für einen Bruchteil der Kosten gebaut. Mit anderen Worten: Ihre penetrante Verweigerungshaltung gegenüber wichtigen Infrastrukturprojekten hat uns bereits immense Geldsummen gekostet und die betroffenen Stadtteile bereits jahrzehntelang massiv um Lebensqualität gebracht. Stattdessen verbraten wir hier auf Ihr Begehren hin jedes Jahr zig Millionen für sinnlosen Klimaschutz, dessen Effekte, wie die dürre Antwort auf unsere entsprechende Anfrage zeigt, nicht nachweisbar sind. Und jetzt, wo uns dieses Geld fehlt, vergießen Sie darüber Krokodilstränen, um damit die Hagsfelder Umfahrung zu killen. Ich finde das ziemlich perfide.

Stadtrat Hock (FDP/FW): Jahrzehnte sprechen wir über diese Umfahrung für die Hagsfelder, und wir sprechen heute wieder. Wir haben Beschlüsse, wir haben damals uns von der Bürgerschaft diesen Anschluss erbeten mit der Maßgabe, um das mal klar zu sagen, wir gehen heute den ersten Schritt und bauen diese Straße weiter, weil wir genau wissen, wenn wir das nicht tun, wird die Hagsfelder Bevölkerung Verkehr und nochmals Verkehr ernten. Damals hat die Hagsfelder Bevölkerung dem Oberbürgermeister gesagt: „Herr Oberbürgermeister, es ist schwierig für Hagsfelder, aber wir gehen da mit, weil wir uns auf Ihr Wort verlassen.“ Jahrzehnte hat sich nichts getan. Das muss sich die Politik heute ankreiden lassen.

Herr Oberbürgermeister, vielleicht einen Satz kann ich mir nicht verkneifen: Vor vier Wochen wollte ich meinen Geschäftsführungsantrag noch kurz erläutern, aber Sie haben mir dazu gleich das Wort genommen. Ich habe das mal so hingenommen, ich weiß natürlich auch, wieso, weil das Schreiben der Regierungspräsidentin noch nicht vorlag, um dann sagen zu können: Liebe Bevölkerung, wir haben gar kein Geld mehr für solche Projekte. Verstehe ich alles, fand ich aber nicht so sehr lustig, muss ich ganz ehrlich sagen, weil das hat es auch noch nie gegeben. Ich hätte gerne meinen Antrag begründet, aber das wurde mir nicht gewährt.

Aber, liebe Kollegen, die heute eine Brücke fordern, muss ich ganz klar entgegenrufen: Dann wissen Sie ganz genau, dass wenn das kommt, wird dieses Projekt heute beerdigt, um das klar und deutlich zu sagen. Jeder, der dieses fordert heute, der weiß ganz genau, dass drei Bürgervereine gesagt haben, sie stellen sich dann gegen dieses Projekt. Und dann, liebe Bevölkerung in Hagsfeld, muss klar sein, dann ist dieses Projekt nicht nur jetzt tot, sondern für immer tot.

Liebe SPD, lieber Raphael Fechler, ich schätze dich sehr, aber du hast dir in deinem Redebeitrag auch heute noch mal ein Türchen aufgelassen. Wir gehen den ersten Schritt – nein, wir gehen heute nicht den ersten Schritt. Wir gehen heute den Schritt, diese Troglösung auf den Weg zu bringen. Alles andere wäre aberwitzig. Und ich muss ganz ehrlich sagen, es haben viele Fachleute dazu gesprochen, Anwohner, die betroffen sind. Natürlich verstehe ich das vollkommen, dass sie das ablehnen. Nur, da hat der Kollege heute klar gesagt, es gehört auch zur Politikverlässlichkeit. Ich weiß natürlich, dass viele sagen, und der Kollege Cramer war damals dabei, ich verstehe, dass die Grünen sagen: Wir wollen das nicht. Habe ich absolutes Verständnis dafür. Aber bitte verstehen Sie, dass meine Fraktion verlässlich hinter der Hagsfelder Bevölkerung steht und diesen Beschluss heute auf den Weg bringen wird. Bitte lassen Sie sich keine Hintertüren mehr auf. Dieses Projekt wurde versprochen und muss in die Umsetzung kommen.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): In einer Sache muss ich Herrn Hock zustimmen: Es ist nicht der erste Schritt. Wir fangen doch jetzt nichts, keine Bauvorbereitung für über zwei Millionen an, um später zu sagen: Ach nee, doch nicht. Also das ist wirklich nicht der Weg, liebe SPD.

Ich möchte auch noch was zur Verlässlichkeit sagen. Wir waren von Anfang an verlässlich gegen diese Maßnahme, aus damals aktuellen und heute noch aktuelleren Gründen. Und eine Frage habe ich, lieber Kollege Hofmann: Wenn ich Ihrer Argumentation folge, glauben Sie wirklich, allen Ernstes, dass es im nächsten oder gar übernächsten Haushalt besser aussieht? Da finde ich es schon spannend, dass uns Naivität vorgeworfen wird.

Stadtrat Gaukel (Volt): Jetzt haben wir auch viel über Verlässlichkeit gehört. Ich habe auch das Gefühl, zwischen Verlässlichkeit und Sturheit ist manchmal auch ein schmaler Grat. Was man den Gegnern vorwirft, kann man dann vielleicht auch Befürwortenden machen. Und jetzt haben wir natürlich die spannende Lage, dass wir zumindest wenig Historie zu diesem Thema haben und eher frisch draufschauen können, aber natürlich auch, wie schon vorhin erklärt, inhaltlich in verschiedenen Themen sind.

Herr Hofmann hat viel über Ehrlichkeit geredet, wenn wir uns ehrlich machen. Das ist schon die Frage, das würde mich interessieren: Wann denken Sie denn, wann diese

Troglösung kommen könnte? Das ist eben die Frage: Wann werden wir Geld dafür haben, das starten zu können? Wann sind wir dann auch bereit, im Ergebnishaushalt dafür freiwillige Leistungen anderer Art rauszustreichen? Also die müssen wir immer rausstreichen, außer wir sind auf einmal superreich bei diesen Folgekosten. Von daher, das gehört dann zum Ehrlichmachen dazu, dass das jetzt zwar auf den Weg gebracht werden kann. Das kann man jetzt kritisch oder eigentlich eher auch gewisserweise verlässlich anmerken, dass die SPD auch die Hintertür aufgemacht hat, weil, es muss dann noch mal entschieden werden und zu den aktuellen Maßnahmen passen. Und ob das dann in 10 oder 20 Jahren passiert, das ist halt die Frage, aber es ist auf absehbare Zeit keine Entlastung. Ob man nun den Fehler gemacht hat, dass damals vertraut wurde, oder der Fehler gemacht wurde, dass wir diesen Anschluss machen, ob das jetzt diesen Folgefehler der Troglösung automatisch auslöst, das würde ich dann auch zumindest infrage stellen. Da wäre vielleicht der schmale Grat, wo es dann nichts mehr mit Verlässlichkeit zu tun hat, meiner Ansicht nach. Ich war damals nicht dabei, offensichtlich wurde damals eine Troglösung versprochen. Also ich verstehe, Sie sagen, der Bürgerverein möchte die Brücke nicht haben. Am Ende, wenn man aber sagt, diese Troglösung ist nicht möglich, was auch gerade bezüglich auf die Umweltaingriffe definitiv etwas ist, was man aus der heutigen Perspektive, bei dem sich auch viel geändert hat, so halten kann, ist am Ende die Frage: Brücke oder nicht? Und wenn dann die Mehrheit keine Brücke möchte, dann ist es eben nicht.

Ich muss sagen, wir sind offen für eine Brücke als Kompromiss, aber wenn die keiner möchte, dann können wir dort halt nichts bauen, weil wir auch nicht sehen, dass das in den nächsten 10 bis 20 Jahren baubar wäre.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Ich möchte mein Anliegen von vorhin noch etwas konkretisieren und auch beantragen, dass wir diese Vorlage noch mal vertagen, bis wir eine Art von Investitionskonferenz durchgeführt haben, mit der wir dann auch entscheiden können: Welche Maßnahmen priorisieren wir? Das heißt auch: Welche Maßnahmen können wir umsetzen? Denn was jetzt aus einigen Redebeiträgen der BefürworterInnen herausklang, war eine Unsicherheit.

(Unruhe)

Der Vorsitzende: Bitte Ruhe. Wir werden heute abstimmen.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Ich stelle den Antrag dann trotzdem formal, es zu vertagen, dann stimmen wir auch darüber ab und gucken, was rauskommt. Warum? Sie haben alle die Verlässlichkeit und die Ehrlichkeit angesprochen und im selben Satz gesagt, Sie glauben nicht daran, dass es gebaut wird. Ist das wirklich verlässlich und ehrlich gegenüber der Bevölkerung? Die Frage können Sie nachher noch mal beantworten.

Stadtrat Seidler (AfD): Ein Hinweis noch: Die Baumaßnahme des Trogs muss in das Zeitfenster der Deutschen Bahn passen. Und das ist Stand jetzt zwischen Januar und, ich glaube, Juni 2031. Wenn Sie bis dahin es nicht bauen können, dann bauen Sie es vielleicht nie. Die Brücke könnten Sie auch unabhängig von diesem Zeitfenster bauen. Deswegen favorisieren wir die Brücke. Aber wenn die Brücke halt nicht kommt, dann werden wir mit schlechtem Gewissen für die Troglösung stimmen, weil wir gewisse Zweifel haben, dass die in das Zeitfenster passt.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Wie viele von Ihnen wissen, führe ich einen kleinen Betrieb mitten in Hagsfeld. Tagtäglich stehen bei mir die Hagsfelder Bürgerinnen und Bürger im Geschäft in der Apotheke und klagen mir ihr Leid. Und wenn ich dann seitens der GRÜNE-Fraktion Vorschläge höre mit einer Bepförtnerung, wenn ich Vorschläge in den Medien lese, man könnte den Ziel- und den Quellverkehr einschränken, dann sage ich dazu ganz eindeutig: Das kann man machen. Aber dann ist in der Hagsfelder Struktur dies das Ende der Nahversorgung. Wenn die Nahversorgung einmal weg ist, dann sehen wir auf den Bergdörfern, wie schwer es ist, da wieder einen kleinen Supermarkt anzusiedeln. Wir hatten diesen Verkehrsversuch in Hagsfeld. Als die Hagsfelder Brücke über die Bahnlinie saniert worden ist, hat kurz danach die Einzelhändlerin des lokalen Edeka-Marktes den Laden abgeben müssen, weil er sich wirtschaftlich nicht mehr trug. Andere kleine Unternehmen, Apotheke, Arztpraxen, unser Bürgerbüro, Schneiderei, Metzger, alle diese Sachen sind in Hagsfeld noch da. Wenn wir in Hagsfeld den Zielverkehr abschneiden, sage ich Ihnen: Die Bürgerinnen und Bürger aus der Waldstadt, aus dem Geroldsäcker, die kommen nicht mit dem Lastenfahrrad. Die sind darauf angewiesen, dass sie dorthin kommen. Alles, was wir da machen können, wie faires Parken, Tempo 30, Einschränkungen, Verkehrsberuhigung, ist alles gemacht. Die einzige Lösung für Hagsfeld wird sein: diese Umfahrung. Deswegen votiere ich auch heute und appelliere an die Vernunft hier im Hause, dass wir dieser Lösung nun zustimmen und diese weiter voranbringen.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich könnte jetzt zu vielem noch was sagen, aber ich glaube, wir kommen lieber zur Abstimmung. Ich nehme an, dass jeder weiß, wie er sich entscheiden möchte. Jetzt gab es zunächst den Antrag noch mal auf Vertagung des Tagesordnungspunktes. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte hier um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine Mehrheit gegen diesen Geschäftsordnungsantrag.

Wir kommen damit zur Abarbeitung der Beschlüsse beziehungsweise Anträge. Es gibt einen Änderungsantrag von FÜR Karlsruhe, der sich für die Brücke ausspricht, und der wird jetzt zunächst zur Abstimmung gestellt. Und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. - Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Jetzt kommt der unveränderte Beschluss, die unveränderte Beschlussvorlage der Verwaltung zur Abstimmung. Da ist Weiß und Grau manchmal schwer zu unterscheiden. Jetzt kommt die unveränderte Beschlussvorlage der Stadt zur Abstimmung, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt.

(Zuruf **Stadtrat Kalmbach/FÜR**)

- Bei Ihnen fehlt ein Nein. Also dann sind wir bei 24 zu 20. Ist das nachvollziehbar für alle? Alles klar. Dann haben wir damit den Tagesordnungspunkt hinter uns gebracht.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
2. April 2026